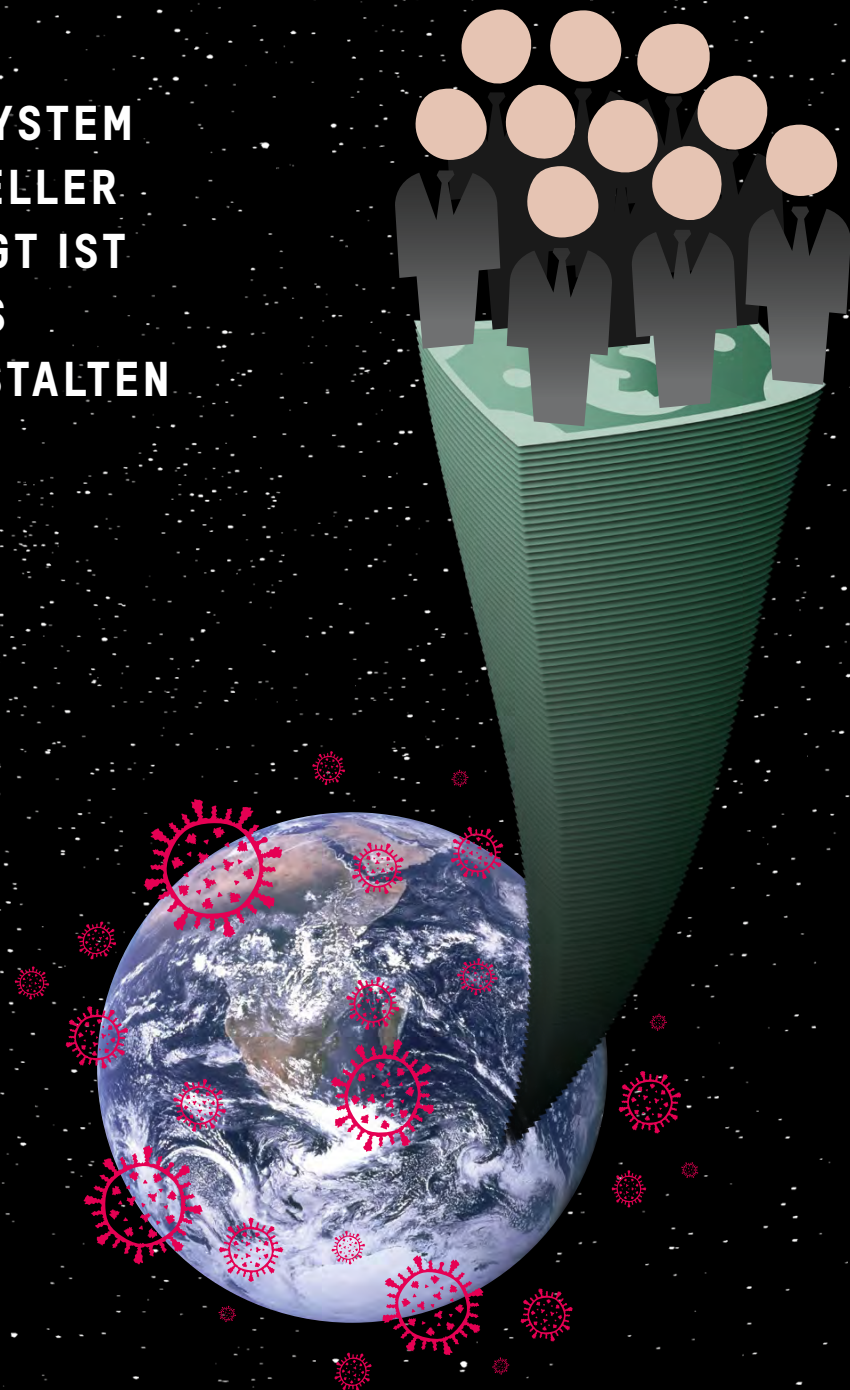


GEWALTIGE UNGLEICHHEIT

WARUM UNSER
WIRTSCHAFTSSYSTEM
VON STRUKTURELLER
GEWALT GEPRÄGT IST
UND WIE WIR ES
GERECHTER GESTALTEN
KÖNNEN



OXFAM
Deutschland

Rekordgewinne für Konzerne und Milliardär*innen auf der einen, zunehmende Armut auf der anderen Seite. Booster-Impfungen hier, mangelhafter oder gar kein Zugang zu Impfstoffen und Gesundheitsversorgung dort. Die Corona-Pandemie verschärft Ungleichheiten dramatisch, inner-

halb und zwischen Gesellschaften, und stellt die Weltgemeinschaft vor eine immer größere Zerreißprobe.

António Guterres,
Generalsekretär der Vereinten
Nationen: *„Während Milliardäre zu
Spritztouren ins All aufbrechen,
haben Millionen von Menschen
Hunger.“*

Quelle: www.wienerzeitung.at/nachrichten/politik/welt/2121473-UNO-Generaldebatte-beginnt-mit-Biden-Premiere-in-New-York.html

Diese Entwicklung ist kein Zufall, sondern die Folge struktureller Macht- und Eigentumsverhältnisse. Die Ursachen der sich verschärfenden Ungleichheitskrise liegen in unserem Wirtschaftssystem. Wenn Profite für Konzerne und ihre Eigentümer*innen mehr

zählen als der Schutz von Menschenrechten und des Planeten, wenn aus Kostengründen eine notwendige medizinische Behandlung verwehrt wird, wenn das Geld nicht reicht, um sich gesund zu ernähren oder Arbeitsbedingungen krank machen, dann erfahren Menschen Gewalt. Davon betroffen sind wir alle, allerdings nicht in gleichem Maße: Menschen, die in Armut leben, Frauen, Mädchen und Angehörige von Gruppen, die rassistisch diskriminiert werden, sind besonders betroffen.

Um ein gutes Leben für alle zu ermöglichen und die globale Zukunft sozial und ökologisch gerecht zu gestalten, brauchen wir ein grundlegend anderes Wirtschaftssystem, eines, in dem wirtschaftliche Entscheidungen demokratisch gefällt werden und dessen handlungsleitendes Prinzip nicht der Profit, sondern das Gemeinwohl ist.

Titel:

Würden sich die 10 reichsten Männer der Welt auf ihr in US-Dollarnoten gestapeltes Vermögen setzen, säßen sie 165.173 km hoch im All, fast auf dem halben Weg zum Mond. Raketen bräuchten sie keine mehr.

Oxfam (2021): Inequality Kills Methodology Note

Corona verschärft Ungleichheiten

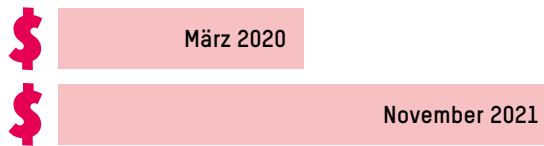
Während sich das Vermögen der zehn reichsten Männer seit Beginn der Corona-Pandemie verdoppelt hat, der Markt für Superjachten einen Rekordzuwachs¹ verzeichnet und einige Milliardäre Ausflüge ins All unternehmen, sind Millionen Menschen in die Armut abgerutscht.²

Sowohl der Reichtum von Milliardär*innen als auch die Geschwindigkeit, mit der sie in der Corona-Pandemie ihr Vermögen mehren, sind in der Geschichte der Menschheit beispiellos. Seit März 2020 ist das Vermögen der aktuell 2.755 Milliardär*innen um fünf Billionen US-Dollar gestiegen, von 8,6 auf 13,8 Billionen.³ Sie haben ihr Vermögen damit während der Pandemie stärker vermehrt als in den gesamten vierzehn Jahren zuvor – vierzehn Jahre, die selbst schon einem Goldrausch für Superreiche glichen.⁴

Schon seit 1995 hat das reichste Prozent der Weltbevölkerung fast 20-mal mehr Vermögen angehäuft als die ärmsten 50 Prozent der Menschheit zusammen.⁵ Während der Pandemie hat sich diese Kluft zwischen den Reichsten und dem Rest der Menschheit dramatisch vergrößert. Während das weltweite Vermögen zwischen 2019 und 2021 Schätzungen zufolge nur um ein Prozent angewachsen ist, konnten die reichsten 0,001 Prozent (das sind rund 55.000 Menschen) ihres um 14 Prozent mehren. An der obersten Spitze, der Welt der Milliardär*innen, stieg das Vermögen im selben Zeitraum sogar um mehr als 50 Prozent.⁶



Das Vermögen der zehn reichsten Männer hat sich seit Beginn der Pandemie verdoppelt.



Quelle: Oxfam (2022): Inequality Kills methodology note

Auch in Deutschland nimmt die im Vergleich zu anderen EU- und OECD-Ländern sehr starke Konzentration der Vermögen weiter zu. Die zehn reichsten Personen haben ihr kumuliertes Vermögen seit Beginn der Pandemie von ca. 144 Milliarden auf etwa 256 Milliarden US-Dollar gesteigert – ein Anstieg um rund 78 Prozent. Allein dieser Gewinn entspricht annähernd dem Gesamtvermögen der ärmsten 40 Prozent, also von 33 Millionen Deutschen.⁷ Währenddessen er-

reicht die Armutsquote in Deutschland mit 16,1 Prozent einen Höchststand. 13,4 Millionen Menschen leben hierzulande in Armut. Frauen und Kinder sind überdurchschnittlich von Armut betroffen.⁸

Voraussichtlich zum ersten Mal seit einer Generation wird auch die Kluft zwischen wirtschaftlich privilegierten und einkommensschwachen Ländern größer werden.⁹ Die Verschuldung letzterer ist auf den höchsten Stand seit mehr als 50 Jahren geklettert¹⁰ und es wird für diese Staaten immer schwieriger, ihre Schulden zurückzuzahlen.¹¹ Mehr als 100 Länder haben im Zuge der Krise die Sozialausgaben gekürzt¹² und in mindestens 73 Ländern drohen mit der Rückzahlung der COVID-19-Kredite des Internationalen Währungsfonds (IWF) weitere Sparmaßnahmen, wie eine Oxfam-Analyse zeigt.¹³

Institutionen wie der IWF¹⁴, die Weltbank¹⁵, Crédit Suisse¹⁶ und das Weltwirtschaftsforum¹⁷ weisen außerdem darauf hin, dass die Pandemie auch die Ungleichheit innerhalb von Ländern weiter angefacht hat, dies gilt insbesondere für einkommensschwache Länder.¹⁸ Und die absehbaren Sparmaßnahmen im Zuge der Verschuldungskrise dürften diese Entwicklung weiter verschärfen.¹⁹

Seit 1995 hat das reichste Prozent der Weltbevölkerung fast 20-mal mehr Vermögen angehäuft als die ärmsten 50 Prozent der Menschheit zusammen.

REICHSTES PROZENT



ÄRMSTE 50 PROZENT

| Zunehmende Armut

Als die Corona-Pandemie begann, lebte fast die Hälfte der Menschheit – 3,2 Milliarden Menschen – unterhalb der von der Weltbank definierten erweiterten Armutsgrenze von 5,50 Dollar pro Tag.²⁰ Heute sind es aufgrund der Pandemie weltweit 163 Millionen Menschen zusätzlich.²¹

Seit Beginn der Pandemie mussten Menschen in allen Einkommensgruppen Einbußen hinnehmen, doch die ärmsten 20 Prozent hatten den stärksten Einkommensrückgang zu verzeichnen. Im Jahr 2021 ist ihr Einkommen weiter gesunken, während die Reichsten ihre Einkommensverluste zu einem großen Teil wieder gutmachen konnten.^{22 23} Dies liegt vor allem daran, dass sich das Wirtschaftswachstum in den wirtschaftlich privilegierten Ländern, in denen die meisten der reichsten 20 Prozent leben, erholt, während dies in den Ländern mit niedrigem und mittlerem Einkommen, in denen der Großteil der ärmsten 20 Prozent leben, nicht der Fall ist. Wenn die Regierungen keine Maßnahmen zur Verringerung dieser Ungleichheit ergreifen, wird das globale Armutsniveau nicht einmal bis 2030 auf den Stand vor der Corona-Krise sinken.²⁴

| Frauen sind besonders betroffen

Frauen sind am stärksten von den wirtschaftlichen Auswirkungen der Pandemie betroffen. Die Internationale Arbeitsagentur prognostiziert, dass die Beschäftigung von Männern 2021 wieder das Niveau von 2019 erreicht hat, während 13 Millionen Frauen weniger erwerbstätig sind als vor zwei Jahren. In Lateinamerika ist die Beschäftigung von Frauen um 9,4 Prozent zurückgegangen.²⁵ Schätzungen zufolge haben Frauen im Jahr 2020 weltweit mindestens 800 Milliarden US-Dollar an Einkommen verloren.²⁶ So rückt auch das Ziel der Geschlechterparität bei Einkommen, also dass Frauen genauso viel verdienen wie Männer, in immer weitere Ferne. Die Pandemie hat die dafür benötigte Zeit um mehr als eine Generation verlängert: von ohnehin schon inakzeptablen 99,5 auf 135,6 Jahre.²⁷ Die unbezahlte Care-Arbeit von Frauen und Mädchen, die schon vor der Pandemie auf 12,5 Milliarden Stunden pro Tag geschätzt wurde²⁸, hat ebenfalls erheblich zugenommen. Der Beitrag dieser unbezahlten Tätigkeiten zur Wirt-

schaft ist enorm, wird aber ökonomisch und gesellschaftlich kaum anerkannt. Oxfam hat errechnet, dass diese Arbeit in Wirtschaftsstatistiken mit mindestens 10,8 Billionen US-Dollar ausgewiesen werden müsste.²⁹

Durch die wirtschaftlichen Nöte im Zuge der COVID-19-Pandemie sind zudem etwa zehn Millionen Mädchen zusätzlich von Kinderheirat bedroht.³⁰ Mädchen, die im Kindesalter heiraten, sind unmittelbaren und lebenslangen Risiken ausgesetzt. Kinderheirat erhöht beispielsweise das Risiko einer frühen und ungeplanten Schwangerschaft, was wiederum die Gefahr vergrößert, dass den jungen Frauen Bildung und Ausbildung verwehrt bleiben und sie in Zukunft weniger Chancen haben, sich ein eigenes Einkommen zu sichern (vgl. auch S. 7). All diese und weitere Faktoren erhöhen das Armutsrisiko.

Die Pandemie hat darüber hinaus zu einem starken Anstieg geschlechtsspezifischer Gewalt geführt.³¹ Oxfams Schätzungen zufolge werden jährlich mindestens 30.000 Frauen von ihren aktuellen oder ehemaligen Lebenspartnern getötet.³² Im April 2020 hatten die Vereinten Nationen prognostiziert, dass geschlechtsspezifische Gewalt während eines Lockdowns um durchschnittlich 20 Prozent zunimmt. Pro drei Monate Lockdown bedeutet dies 15 Millionen zusätzliche Fälle von Gewalt in Paarbeziehungen.³³

| Gesundheit in der Krise: Neue Milliardär*innen hier, keine Impfstoffe dort

Was passiert, wenn Profite mehr zählen als der Schutz von Menschenrechten und Menschenleben, zeigt sich aktuell besonders deutlich beim Thema Gesundheit und speziell dem Zugang zu COVID-19-Impfstoffen:

Pfizer/Biontech, Moderna oder Johnson & Johnson haben ihre Marktmacht ausgenutzt und den profitabelsten Verträgen mit wirtschaftlich privilegierten Ländern den Vorzug zu geben. Sie verlangen für eine Impfstoffdosis das bis zu 24-fache des Produktionspreises.³⁴ Pro Sekunde machen Pfizer/Biontech und Moderna über 1.000 US-Dollar Gewinn.³⁵ Zusätzlich profitieren sie von vertraglich festgeschriebenen Ausgleichszahlungen, wenn z.B. die Bundesregierung von

diesen Herstellern gekaufte Impfdosen an andere Länder spendet – die Regierungen zahlen somit doppelt für diese Impfdosen. Das Resultat sind einerseits fünf neue Milliardär*innen³⁶, darunter die Biontech-Gründer*innen Uğur Şahin und Özlem Türeci, andererseits eine schreiende Ungerechtigkeit bei der Impfstoffverteilung: Mehr als 80 Prozent der Impfstoffe von Pfizer/Biontech sind an die G20-Länder gegangen, weniger als ein Prozent an Länder mit niedrigem Einkommen.³⁷ Mittlerweile sind über drei Milliarden Menschen zweifach geimpft, doch nur 8,9 Prozent der Menschen in Ländern mit niedrigem Einkommen haben mindestens eine Impfdosis erhalten (Stand 10.01.2022).³⁸ Das Ziel der WHO, bis Ende 2021 in allen Ländern mindestens 40 Prozent der Bevölkerung zu impfen, wurde damit weit verfehlt.³⁹ Millionen Menschen in einkommenschwachen Ländern, die hätten gerettet werden können, sind deshalb gestorben.⁴⁰ Und Milliarden Menschen sind weiterhin nicht gegen das

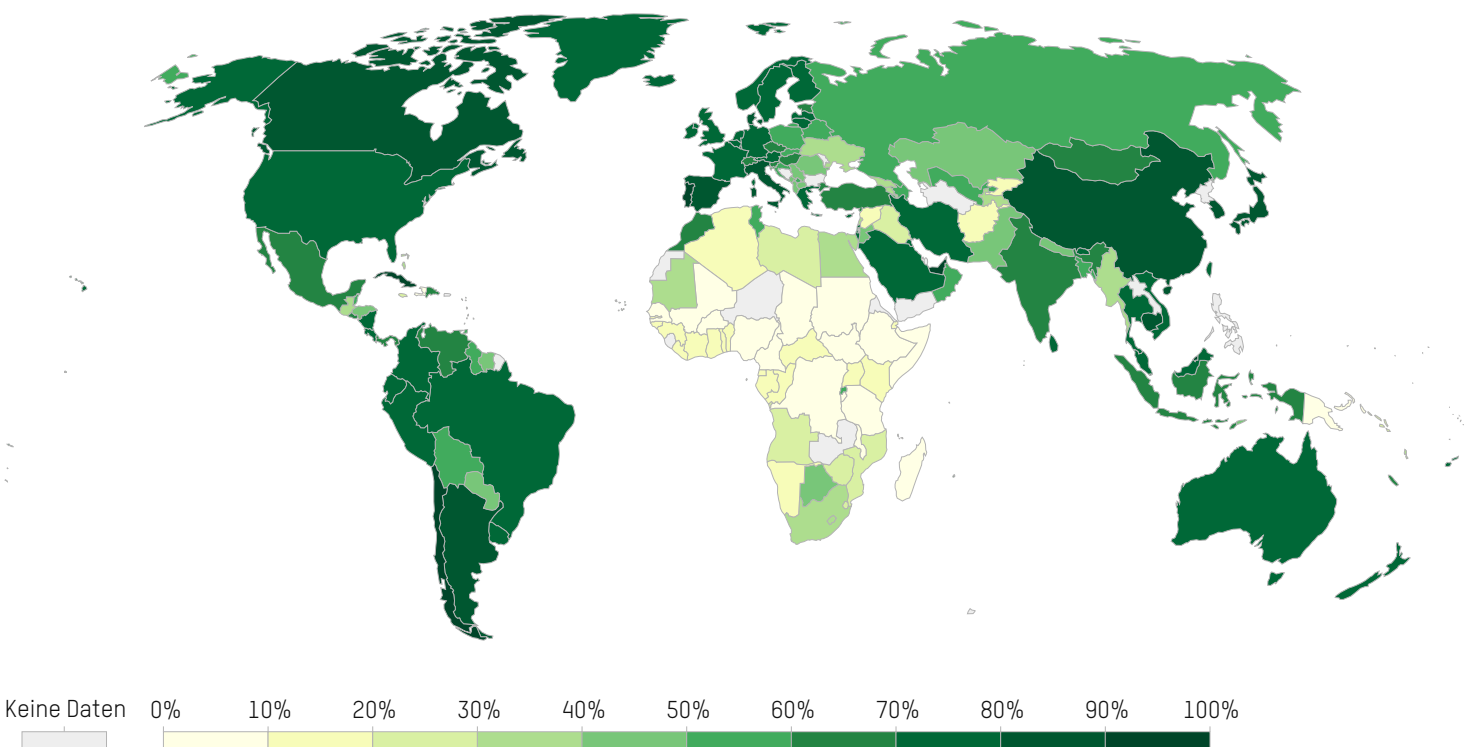
Jason Salk, der Entwickler des Polioimpfstoffs gegen Kinderlähmung in einem Interview auf die Frage, wem dieser Impfstoff gehöre: „Ich würde sagen, den Menschen. Es gibt kein Patent. Könnte man die Sonne patentieren?“

Quelle: www.zeit.de/politik/ausland/2021-02/corona-impfstoff-globale-verteilung-pandemie-gerechtigkeit-5vor8

Virus geschützt und einem erhöhten Risiko ausgesetzt. Gleichzeitig macht die geringe Impfquote in weiten Teilen der Welt das Auftreten impfstoffresistenter Virusvarianten wahrscheinlicher, was letztlich eine Gefahr für alle Menschen ist.⁴¹

Über 100 Länder mit niedrigem und mittlerem Pro-Kopf-Einkommen bemühen sich seit über einem Jahr bei der Welthandelsorganisation (WTO) darum, den Patentschutz für COVID-19-Impfstoffe und entsprechende Behandlungen vorübergehend auszusetzen.⁴² Ein Verzicht auf die Regeln zum Schutz des geistigen Eigentums (der so genannte TRIPS-Waiver) und der Transfer von Impfstofftechnologien über die Weltgesundheitsorganisation (WHO) würden die Bedingungen schaffen, um genügend Impfstoffe für alle herzustellen.⁴³ Dass dies nicht nur moralisch geboten, sondern auch technisch möglich ist, zeigt eine aktuelle Studie, die mindestens 120 Hersteller in Asien, Afrika und Lateinamerika identi-

Anteil der Personen, die mindestens eine Dosis des COVID-19-Impfstoffs erhalten haben, Stand 10. Januar, 2022



fiziert, die zur Produktion eines mRNA-Impfstoffs in der Lage wären.⁴⁴

Die Forderung nach Aussetzung des Patentschutzes ist nicht zuletzt deshalb gerechtfertigt, weil Steuergelder in Milliardenhöhe die Forschung und Entwicklung der Impfstoffe finanziert haben, alleine in Deutschland flossen 375 Millionen Euro an Biontech.⁴⁵ Die Pandemie ist ein globales Phänomen und die Impfstoffe müssen als öffentliches Gut behandelt werden, das für jeden zugänglich ist. Doch die Aussetzung des Patentschutzes wird von einigen Regierungen wohlhabender Länder, allen voran Deutschland und Großbritannien, seit Monaten blockiert.

Die Probleme im Gesundheitssektor reichen jedoch viel tiefer: Schon 2017 hatte mindestens die Hälfte der Menschheit keinen Zugang zu medizinischer Grundversorgung und jeden Tag rutschen mehr als 270.000 Menschen in die Armut ab, weil sie die Rechnung für den Arztbesuch oder ihre medizinische Behandlung nicht zahlen können.⁴⁶ Weil sie keine adäquate medizinische Versorgung erhalten, sterben in Ländern mit niedrigem und mittlerem Einkommen jedes Jahr 5,6 Millionen Menschen. Das sind jeden Tag mindestens 15.000 vermeidbare Todesfälle.⁴⁷ Diese Schätzung stammt aus der Zeit vor der Pandemie. Sie liegt höher als die Zahl der Menschen, die offiziellen Angaben zufolge täglich durch das Corona-Virus sterben.

**Winnie Byanyima,
Exekutivdirektorin UNAIDS**
„Die Vorstellung, dass man eine lebensrettende Gesundheitstechnologie wie eine Luxushandtasche verkaufen kann, ist nicht normal.“

Quelle: www.nature.com/immersive/d41586-021-03621-0/index.html#section-ooUfKb41pU

Ein wesentlicher Grund für diese dramatische Lage: Die meisten einkommensschwachen Länder, die mit den langfristigen Auswirkungen von Schuldenkrisen, Sparmaßnahmen und Strukturanpassungen zu kämpfen haben, haben schon seit Jahrzehnten zu geringe Mittel für den Aufbau eines allen zugänglichen Gesundheitssystems und die Gesundheitsversorgung, unter anderem mit Unterstützung von Geldern der Entwicklungszusammenarbeit, gezwungenermaßen verstärkt dem profitorientierten privaten Sektor

überlassen.⁴⁸ Mit fatalen Folgen: Länder, die eine solche Sparpolitik betrieben haben, weisen höhere COVID-19-Sterblichkeitsraten auf.⁴⁹ Und mit einer schwachen Infrastruktur und ohne ausreichend geschultes Personal lässt sich eine flächendeckende Impfstoff-Kampagne auch dann nur schwer umsetzen, wenn Impfstoff vorhanden ist. Auch die zunehmende Ungleichheit wirkt tödlich: Der Economist hat Dutzende Studien ausgewertet, die untersucht haben, warum einige Menschen an COVID-19 sterben und andere nicht. Soziale Ungleichheit hat durchweg eine hohe Erklärungskraft.⁵⁰ Auch mehrere länderübergreifende Studien finden einen robusten empirischen Zusammenhang zwischen Einkommensungleichheit und COVID-19-Mortalität.^{51 52}

Auch wer von Rassismus betroffen ist, ist stärker gefährdet, an COVID-19 zu sterben. In Brasilien beispielsweise tragen Schwarze Menschen ein um 47 Prozent höheres Risiko⁵³, in den USA ist die Gefahr für Black, Indigenous und People of Color (BIPOC) zwei- bis dreimal so hoch wie für Weiße.⁵⁴ Für Deutschland gibt es vergleichbare offizielle Zahlen nicht, da zum Beispiel Krankenhausaufenthalte und Todeszahlen nicht nach Ethnizität aufgeschlüsselt werden. Aber eine neue Studie deutet darauf hin, dass das Risiko für Eingewanderte und von Rassismus betroffenen Menschen auch hierzulande höher ist.⁵⁵

Dr. Ratnesh Kunwar, Wissenschaftler bei der Forschungs- und Entwicklungsorganisation des Verteidigungsministeriums, geht nach der Visite der COVID-Station durch den Sprühbereich für Desinfektionsmittel in Delhi, Indien.

© Cheena Kapoor/Oxfam



Corona und Privatisierungen verschärfen Bildungsungleichheit

Die Corona-Pandemie hat auch die Bildungskrise massiv verschärft. Vor der Pandemie lag der Anteil der zehnjährigen Kinder, die einen einfachen, altersgemäßen Text nicht lesen und verstehen können, in einkommensschwachen Ländern bereits bei über 50 Prozent. Aktuelle Prognosen gehen von einem Anstieg auf bis zu 70 Prozent aus.⁵⁶ 20 Millionen Mädchen in Ländern mit niedrigem und mittlerem Einkommen werden Schätzungen zufolge nie wieder in den Klassenraum zurückkehren, zusätzlich zu den 130 Millionen Mädchen, die schon vor der Pandemie nicht zu Schule gingen.⁵⁷

Jahrelange Unterfinanzierung der öffentlichen Bildungssysteme in vielen Ländern hat ungleiche Bildungschancen zwischen Kindern aus ärmeren und wohlhabenden Haushalten, zwischen marginalisierten Gruppen und privilegierten Familien verstärkt, die die beste Bildung für ihre Kinder an teuren Privatschulen kaufen können. Gerade in vielen einkommensschwachen Ländern hat der Druck, Einsparungen in sozialen Sektoren vorzunehmen, dazu geführt, dass öffentliche Bildungssysteme ausgehöhlt wurden und notwendige Investitionen in schulische Infrastruktur und Lehrkräfte ausbleiben. Zwei Drittel dieser Länder haben wegen der wirtschaftlichen Auswirkungen der Corona-Pandemie 2021 Kürzungen in ihren Bildungshaushalten vorgenommen.⁵⁸ Dies ist umso dramatischer, als weltweit fast ein Drittel aller Kinder keinerlei Zugang zu Bildungsangeboten über Radio, TV oder Internet hat. Der Druck wächst, in vermeintlich kostengünstigere Kooperationen mit gewinnorientierten Privat Anbietern einzusteigen. Dabei zeigen Erfahrungen aus der Zeit vor der Pandemie, dass diese gebührenfinanzierten Angebote besonders arme und marginalisierte Kinder nicht erreichen, die Kosten für einkommensschwache Familien nicht tragbar sind, und die Qualität oft mangelhaft ist. Ungleichheiten bei den Bildungschancen sind langfristig auch mit ungleichen Erwerbs- und Lebenschancen verbunden.



Deng, ein Grundschüler in Palabek, Uganda, lernt allein

© Emmanuel Museruka/Oxfam

Ein System struktureller wirtschaftlicher Gewalt

Wenn Profite für Konzerne und ihre Eigentümer*innen systematisch mehr zählen als der Schutz der Menschenrechte und des Planeten, wenn Menschen aus Kostengründen eine notwendige medizinische Behandlung verwehrt wird, wenn sie zu wenig Geld haben, um sich gesund zu ernähren oder Arbeitsbedingungen krank machen, dann erfahren Menschen Gewalt. Diese strukturelle wirtschaftliche Gewalt ist eine der maßgeblichen Ursachen der sich zuspitzenden sozialen Ungleichheit. Strukturelle wirtschaftliche Gewalt entsteht nicht zufällig, sondern ist integraler Bestandteil der Art und Weise, wie unser Wirtschaftssystem und unsere Gesellschaften derzeit funktionieren. Sie gründet in der ungleichen Verfügungsmacht über gesellschaftliche Ressourcen, materialisiert sich in extremen Einkommens- und Vermögensunterschieden und verfestigt sich durch politische Entscheidungen, auf die wenige sehr wohlhabende Menschen und Konzerne einen weitaus größeren Einfluss haben als die große Mehrheit. Strukturelle wirtschaftliche Gewalt trifft potenziell uns alle, aber in Armut lebende Menschen, Frauen und Mädchen sowie von Rassismus betroffene Menschen besonders stark, insbesondere wenn sie mehrere Diskriminierungserfahrungen machen, die sich gegenseitig verstärken.

Die Doktrin des Shareholder Values ist Kern des Problems

Kern dieses Systems und ein wesentlicher Treiber von Ungleichheit ist eine einseitige Ausrichtung auf die Interessen der – meist ohnehin schon vermögenden – Unternehmens- und Anteilseigner*innen. Die in unserem Wirtschaftssystem angelegte Orientierung am Profit wird durch die Doktrin des Shareholder Value ins Extrem getrieben. Diese erst vor wenigen Jahrzehnten entstandene kurzfristige Sicht auf Aktienbesitz und Renditeerwartung erzwingt hohe Dividenden und verhindert langfristige Investitionen in die Firmen. Im Sinne der Shareholder-Orientierung nutzen Unternehmen finanzielle Spielräume daher nicht nur zur Rücklagenbildung, sondern auch um überhöhte Dividenden auszuschütten oder Aktien zurückzukaufen, um den Kurs hochzuhalten. Auf der Strecke bleiben dabei Investitionen, um Geschäftsaktivitäten so auszurichten, dass Menschenrechte und Umwelt geschützt werden.

Deutsche Unternehmen bilden hier keine Ausnahme. Laut einem jüngst erschienenen Oxfam-Bericht stiegen die Gewinne der DAX-30-Unternehmen zwischen 2009 und 2020 um 48 Prozent.⁵⁹ Die Unternehmen verwendeten einen großen Teil ihrer Gewinne dazu, um Aktionärsinteressen zu bedienen. Ausschüttungen legten in diesem Zeitraum mit 85 Prozent deutlich stärker zu als die Gewinne.

Die Coronapandemie scheint diese Entwicklung weiter anzuheizen. Laut Handelsblatt werden die mittlerweile 40 DAX-Konzerne 2021 mit einem voraussichtlichen Nettogewinn von knapp 120 Milliarden Euro mehr als doppelt so viel verdient haben wie im Vorjahr.⁶⁰ Davon profitieren vor allem die Aktionär*innen: Mit 45,5 Milliarden Euro dürften die 40 Dax-Konzerne im kommenden Jahr 25 Prozent mehr Dividenden ausschütten als 2021 – das wäre ein neuer Rekord. Besonders brisant: Gut ein Dutzend der Konzerne hat seit Ausbruch der Coronapandemie Kurzarbeitergeld für ihre Beschäftigten in

Anspruch genommen, allen voran die drei großen Autobauer BMW, Daimler und Volkswagen. Es wird erwartet, dass sie zusammengerechnet Dividenden von gut zehn Milliarden Euro ausschütten. Die Gewinne werden also zum Teil durch Staatshilfen und damit unter Mithilfe der Steuerzahler*innen ermöglicht, um dann jedoch nicht der Allgemeinheit zugute zu kommen, sondern an die Aktionär*innen ausgeschüttet zu werden – eine Ungerechtigkeit, die gesellschaftliche Sprengkraft birgt.

Marktmacht zur Maximierung des Shareholder Values

Je mehr Macht Konzerne besitzen, desto besser können sie die Orientierung am Shareholder Value gesellschaftlich durchsetzen. Laut der Konferenz der Vereinten Nationen für Handel und Entwicklung (UNCTAD) trägt Marktmacht, die Lobbymacht hervorbringt, systematisch zu steigenden Einkommensungleichheiten und Machtungleichgewichten in der Weltwirtschaft bei.⁶¹ So haben die intensiven Lobbyaktivitäten großer Konzerne zu einer strengen, immer engeren Auslegung des Patentrechts geführt und damit zu einer verstärkten Marktkonzentration.⁶² Welche fatalen Folgen dies für das Gemeinwohl hat, zeigt sich an der Diskussion um die Freigabe von COVID-19-Impfstoffpatenten.

Die Marktmacht von Konzernen ist damit ein weiterer wesentlicher Treiber von sozialer Ungleichheit. Marktmächtige Unternehmen nutzen ihre finanziellen Mittel und ihren Einfluss, um die Politik zu ihren Gunsten zu beeinflussen, was oftmals zu einer vorteilhaften Gesetzgebung, Unterstützung durch Subventionen oder Vorteile bei der öffentlichen Auftragsvergabe führt.

Ein weiteres Beispiel wie Konzerne die Rahmenbedingungen zu ihrem Gunsten beeinflussen ist die Steuerpolitik: In einem jahrzehntelangen Wettlauf um die niedrigsten Steuersätze und um Steuerbefreiungen buhlen Staaten um die Gunst internationaler Großkonzerne. Diese wählen ihren Firmensitz oder Niederlassungen nach den günstigsten Bedingungen, insbesondere in Steueroasen. Wirksame Regeln gegen Steuervermeidung haben Konzerne durch intensive Lobbyarbeit weitestgehend verhindert, ganz im Sinne der Profitinteressen ihrer Anteilseigner*innen. Auf diese Weise entgehen Regierungen auf der ganzen Welt jedes Jahr mehr als 200 Milliarden US-Dollar an Steuereinnahmen.⁶³

Die sozialen und ökologischen Kosten ihrer Aktivitäten wälzen Konzerne auf die Gesellschaft ab. Sie missbrauchen ihre Marktmacht, indem sie die Preise von Produzenten in Ländern mit niedrigem Einkommen in einem Maße drücken, dass oftmals Verletzungen von Menschen und Arbeitsrechten die Folge sind. Mächtige Konzerne können überall auf der Welt andere Unternehmen – ob groß oder klein – aufkaufen oder vom Markt verdrängen. Menschen verlieren dabei häufig ihre Arbeit, die Gewinne bleiben oft nicht im Land und eine eigenständige wirtschaftliche Entwicklung ist nicht oder nur bedingt möglich.

Bedingt durch die Corona-Pandemie droht die Marktkonzentration in den Volkswirtschaften mit hohem Einkommen stärker zuzunehmen als in den Jahren zwischen 2000 und 2015.⁶⁴ Ein Anstieg der Monopolmacht hat dazu geführt, dass weniger, größere und immer mächtigere Unternehmen eine Reihe von Branchen dominieren und trotz Pandemie entsprechend hohe Gewinne machen. Darauf deutet auch eine Studie der Prager Karls-Universität hin, nach der multinationale Konzerne im Coronajahr 2020 außerordentliche Gewinne von rund 360 Milliarden Euro verzeichnet haben.⁶⁵ US-Konzerne konnten Pandemieprofite in Höhe von rund 100 Milliarden Euro verbuchen, deutsche Großunternehmen gewannen 15, französische Multis 20 Milliarden Euro hinzu.

Die Wirtschaft gerecht gestalten

Wollen wir die globale Zukunft sozial und ökologisch gerecht gestalten und zu einem guten Leben für alle kommen, brauchen wir ein gerechteres Wirtschaftssystem, in dem alle ihren fairen Beitrag leisten und das Gemeinwohl mehr zählt als Profitmaximierung um jeden Preis.

Dafür gilt es, nicht zuletzt um die immensen finanziellen Folgekosten der Corona-Pandemie zu bewältigen, Konzerne und ihre sehr vermögenden Besitzer*innen national und international durch eine progressive Steuerpolitik stärker in die Verantwortung zu nehmen. Dem noch immer grassierenden Wettlauf um die geringsten Steuersätze und der Ära der Steueroasen muss ein Ende gesetzt werden. Die nun im Rahmen von G20 und OECD vereinbarte globale Mindeststeuer mit einem Steuersatz von nur 15 Prozent ist unzureichend, da sie

vielen multinationalen Konzernen noch immer Schlupflöcher bietet, einkommensschwache Länder kaum zusätzliche Einnahmen erhalten und die Umsetzung der steuerlichen Maßnahmen auf bis zu zehn Jahre gestreckt werden kann.⁶⁶ Eine höhere Besteuerung von Konzernen und sehr großer Vermögen ist die Voraussetzung dafür, dass Staaten Ungleichheit und Armut bekämpfen können, unter anderem indem sie in gute öffentliche Systeme investieren, die allen Bürger*innen einen Zugang zu Bildung, Gesundheit und sozialer Absicherung garantieren. Zur Illustration: Eine einmalige Vermögensabgabe in Höhe von 99 Prozent auf die Gewinne, die die zehn reichsten Milliardäre während der Pandemie gemacht haben, würde 812 Milliarden US-Dollar einbringen. Die zehn reichsten Menschen besäßen dann noch immer acht Milliarden US-Dollar mehr als vor der Pandemie.⁶⁷

Eine ausreichende öffentliche Finanzierung muss gewährleistet, dass Bildung, Gesundheitsversorgung und andere Bereiche der öffentlichen Daseinsvorsorge nicht länger in die Hände privater Anbieter gelegt werden, die im Sinne ihrer Geldgeber, wie Private-Equity-Gesellschaften, möglichst hohe Gewinne erwirtschaften wollen. Unternehmen, die vom Staat Geld erhalten, zum Beispiel in Form von Kurzarbeitergeld, müssen verpflichtet werden, es zurückzahlen, ehe sie Gewinne an Aktionär*innen ausschütten.

Darüber hinaus bedarf es internationaler Handelsregeln, die die Menschenrechte stärker gewichten als das Streben nach maximalem Profit. Nirgendwo zeigt sich die Dringlichkeit hierfür momentan stärker als bei den Impfstoffpatenten: Es ist ein Skandal, dass insbesondere die Bundesregierung die exorbitanten Gewinne der Pharmakonzerne über das Wohl der Menschheit stellt und eine Aussetzung des Patentschutzes ablehnt.

Im Zentrum des Wandels aber müssen die Unternehmen selbst stehen, denn sie sind es, die ihre wirtschaftliche und politische Macht für die Beibehaltung der geltenden Regeln nutzen. Es gilt Rahmenbedingungen zu schaffen, die dazu beitragen, dass Unternehmen nicht mehr exzessiv die Profitinteressen Einzelner

Joseph E. Stiglitz, Wirtschaftswissenschaftler und Nobelpreisträger
„In der Post-Covid-Welt gibt es nun eine Chance: Es geht jetzt nicht um ‚building back better‘, sondern um ‚building back differently‘. Es geht um eine andere, bessere Welt.“

Quelle: www.wienerzeitung.at/nachrichten/politik/welt/2118789-Stiglitz-Regulierung-ist-Schubs-richtige-Richtung.html

bedienen, sondern sich auf die Befriedigung der Bedürfnisse der Allgemeinheit konzentrieren. Eine zukunftsweisende Wirtschaftspolitik darf deshalb nicht durch Altersvorsorge-Instrumente wie die geplante Aktienrente dem kurzfristigen Renditestreben von Unternehmen weiter Vorschub leisten. Sie muss stattdessen für eine demokratischere und gerechtere Wirtschaft sorgen. Dies heißt einerseits, dass Unternehmen den Interessen aller betroffenen Stakeholder

– wie Belegschaft, Produzent*innen und Kund*innen, aber auch betroffener lokaler Gemeinschaften – gerecht werden. Und es heißt andererseits, dass sie die für die sozial-ökologische Transformation notwendigen Investitionen in umweltfreundliche Technologien und menschenrechtliche Sorgfalt tätigen. Dafür muss Entscheidungsmacht innerhalb eines Unternehmens so organisiert werden, dass tatsächlich alle wesentlichen Stakeholder-Gruppen mitbestimmen. Zudem gilt es, sozial und ökologisch nachhaltig zu wirtschaften und Gewinne gerecht zu verteilen. Die an Zulieferer und Produzent*innen gezahlten Preise müssen sich danach richten, was eine sozial und ökologisch gerechte Produktion kostet.

Gleichzeitig brauchen kleinere gemeinwohlorientierte Unternehmen mehr Unterstützung, die an Prinzipien der Nachhaltigkeit und Inklusion ausgerichtet sind und damit einen wichtigen Beitrag zur Bekämpfung von Armut und Ungleichheit leisten. Möglichkeiten sind etwa Wirt-

**Prof. Marcel Fratzscher,
Präsident des DIW Berlin**
„Viele Unternehmen warten auf klare Signale der Politik, um Investitionen für die ökologische und digitale Transformation zu tätigen.“

Quelle: www.zeit.de/wirtschaft/2021-12/2022-ausblick-neues-jahr

schaftshilfen, die Bevorzugung bei öffentlichen Aufträgen, eine Reform der rechtlichen Vorgaben oder steuerliche Vorteile. Zudem sollten die Pläne der Europäischen Union zur Förderung der Sozialwirtschaft⁶⁸, wie etwa eine bessere Finanzierung,

von Deutschland unterstützt und mit weitergehenden Vorschlägen verbessert werden. Damit gemeinwohlorientierte Unternehmen am Markt bestehen können, muss die Politik die Macht übermächtiger Konzerne begrenzen. Wichtige Märkte dürfen nicht von einigen wenigen Konzernen kontrolliert werden, so dass am Gemeinwohl orientierte Mitbewerber an den Rand gedrängt werden. Stattdessen müssen Marktstrukturen, in denen sehr wenige Unternehmen dominieren, beseitigt und aggressivem Fusionsstreben sowie Geschäftsmodellen, die der Logik „Profite um jeden Preis“ folgen, ein Riegel vorgeschoben werden.

Diese Veränderungen sind möglich. Dafür müssen wir weg vom Mythos der Alternativlosigkeit. Das vorherrschende Wirtschaftsparadigma sowie die daraus resultierende extreme Ungleichheit und Armut sind das Ergebnis politischer Entscheidungen – und damit veränderbar.

Tshiela Therese, Mitarbeiterin im
St. Joseph Hospital, Kinshasa,
Demokratische Republik Kongo

© Anastasie Langu/Oxfam



Oxfams Forderungen an die Bundesregierung

Jetzt ist die Zeit für eine Politik der sozial-ökologischen Transformation, mit Regeln, die die Interessen der großen Mehrheit in den Vordergrund stellen, die gleichberechtigte Teilhabe von Frauen, Black, Indigenous und People of Colour (BIPoC) und anderen historisch marginalisierten Gruppen schaffen und zu einer gerechten Verteilung von sozial und nachhaltig erwirtschafteten Gewinnen führen. Wir benötigen eine sozial und ökologisch gerechte Wirtschaft, die sich nicht mehr maßgeblich am Profit, sondern am Gemeinwohl orientiert.

Die Mitglieder der neuen Bundesregierung, des Deutschen Bundestages und der Parteien sollten sich daher in Deutschland, Europa und weltweit für die folgende Gerechtigkeitsagenda einsetzen:

1. **Steuergerechtigkeit: Konzerne und sehr Vermögende stärker in die Verantwortung nehmen und in soziale Grunddienste investieren**

DIE VERMÖGENSSTEUER WIEDER EINFÜHREN, EINE VERMÖGENSABGABE PRÜFEN:

Wie von Institutionen wie dem IWF⁶⁹ und Vermögenden selbst⁷⁰ angeregt, sollten sehr hohe Vermögen wieder stärker besteuert werden, so auch in Deutschland. Die Vermögenssteuer sollte daher für sehr hohe Vermögen wieder eingeführt und eine Abgabe auf Vermögen über einer Million Euro geprüft werden.

DEN STEUERWETTLAUF NACH UNTEN BEENDEN, STEUEROASEN SCHLIESSEN:

Die Bundesregierung sollte sich für Nachbesserungen bei der Einführung der Globalen Mindeststeuer für Konzerne einsetzen, wie etwa einem höheren Mindeststeuersatz in Höhe von 20 bis 25 Prozent und mehr Rechte für einkommensschwache Länder, in ihrem Land tätige Konzerne zu besteuern. In der EU braucht es eine effektive Liste, die alle, insbesondere auch europäische Steueroasen erfasst und wirksame Sanktionen nach sich zieht.

KONSEQUENT IN ÖFFENTLICHE DASEINSVORSORGE INVESTIEREN:

Mehreinnahmen durch eine gerechte Steuerpolitik müssen in gute öffentliche Bildungs-, Gesundheits- und soziale Sicherungssysteme fließen, die allen Menschen zugänglich sind. Die Einbindung profitorientierter Anbieter in diesen Feldern, die vor allem im Interesse der daran beteiligten Unternehmen liegt, sollte gestoppt und rückgängig gemacht werden, gerade auch in der Entwicklungszusammenarbeit. Stattdessen muss mehr für Systeme in den Partnerländern getan werden, insbesondere durch die Unterstützung von Initiativen wie der Global Partnership for Education, die Schaffung eines Globalen Fonds für soziale Sicherung oder die Unterstützung durch Budgethilfe.

2. **Impfgerechtigkeit: Covid-19-Impfstoffe als globales öffentliches Gut allen Menschen weltweit kostenfrei zugänglich machen**

PATENTSCHUTZ FÜR COVID-19-IMPfstOFFE AUSSETZEN:

Geistige Eigentumsrechte wie Patente für Covid-19-Impfstoffe, Medikamente und andere in der Pandemie relevante medizinische Mittel müssen für die Dauer der Pandemie ausgesetzt werden. Der entsprechende Vorschlag zum sogenannten TRIPS-Waiver wurde von den Regierungen Indiens und Südafrikas bereits im Oktober 2020 bei der WTO eingebracht und von mehr als 100 Ländern unterstützt. Die neue Bundesregierung muss die bisherige Blockadehaltung aufgeben, den Kurs korrigieren und dem Waiver zustimmen.

WISSENS- UND TECHNOLOGIETRANSFER EINFORDERN:

Die Bundesregierung muss sich für einen Wissens- und Technologietransfer durch die Pharmaunternehmen einsetzen, der den Um- und Ausbau von existierenden Produktionsstätten ermöglicht und somit eine Verbesserung der Versorgung mit Impfstoffen schafft. Deutsche Impfstoffhersteller sollten ihr Wissen dem WHO Transfer-Hub in Südafrika zu Verfügung stellen.

KAPAZITÄTSAUFBAU IN EINKOMMENSCHWÄCHEREN LÄNDERN UNTERSTÜTZEN:

Die Bundesregierung muss den Aufbau von Produktionskapazitäten in Ländern mit niedrigem und mittlerem Einkommen fördern, um so nicht nur langfristig die Versorgung mit Covid-19 Impfstoffen zu sichern, sondern auch für zukünf-

tige Pandemien vorzusorgen. Ebenso muss der Ausbau der globalen und regionalen Infrastruktur zur Auslieferung und Verteilung von Impfstoffen und medizinischen Mitteln finanziell gefördert werden.

3 Gerechtes Wirtschaften: Unternehmen demokratisieren und gemeinwohlorientiert ausrichten

UNTERNEHMEN AN DAS GEMEINWOHL BINDEN:

Die Geschäftsführung jedes Unternehmens sollte verpflichtet werden, die Unternehmensziele und Erfolgs- und Leistungsindikatoren (Key Performance Indicators) innerhalb der planetaren Grenzen und unter Beachtung der menschenrechtlichen Sorgfaltspflicht festzulegen und umzusetzen, zum Beispiel durch die Vorgabe, dass das Geschäftsmodell kompatibel mit dem 1,5-Grad-Ziel ist. Zur Durchsetzung sollte es behördliche Sanktionsmechanismen und eine zivilrechtliche Haftung der Geschäftsführung geben. Die neue Bundesregierung muss die entsprechenden Gesetzesvorhaben auf EU-Ebene entschieden vorantreiben.

SOZIAL-ÖKOLOGISCHE INVESTITIONEN SICHERSTELLEN UND AUSSCHÜTTUNGEN BEGRENZEN:

Unternehmen sollten zur Umsetzung ihrer ökologischen und menschenrechtlichen Pflichten konkrete Strategien veröffentlichen müssen, in denen sie die entsprechenden Investitionsbedarfe benennen. Diese Investitionen müssen vor Gewinnausschüttungen, -rückstellungen oder Aktienrückkäufen geleistet werden. Ausschüttungen sollten verboten werden, wenn sie höher als der Jahresüberschuss sind oder ein Unternehmen staatliche Hilfen, wie zum Beispiel Kurzarbeit, in Anspruch genommen hat.

VIELFÄLTIGE INTERESSENSREPRÄSENTATION IN LEITUNGSGREMIEN SICHERSTELLEN:

Unternehmen sollten verpflichtet werden, sowohl öffentliche als auch Interessen wichtiger Stakeholdergruppen, wie Belegschaft, Lieferanten, lokale Gemeinschaften und Produzenten in den Lieferketten, wirksam in die Bestimmung des Unternehmensinteresses und in die Unternehmensführung einzubringen. Die Vertretung von Arbeitnehmer*innen sollte konsequent gestärkt werden.

4 Konzernmacht brechen: Marktkonzentration abschaffen, durchlässige Marktstrukturen fördern

EIN EFFEKTIVES, GEMEINWOHLORIENTIERTES KARTELLRECHT SCHAFFEN:

Um eine gerechte Verteilung von Gewinnen innerhalb der Lieferkette sicherzustellen, sollte das Kartellrecht nicht nur an der Konsument*innenwohlfahrt, sondern auch am Gemeinwohl ausgerichtet werden. In der Fusions- und Missbrauchskontrolle gilt es, auch die Wirkungen auf Löhne, Beschäftigung, Lieferanten und Produzenten zu untersuchen.

MONOPOLISIERUNG VON MÄRKTEN VERHINDERN

Auf hochkonzentrierten Märkten mit weniger als fünf Akteuren sollten strukturelle Faktoren stärker berücksichtigt werden. Die Beweislast sollte umgekehrt werden und die fusionierenden Unternehmen nachweisen müssen, dass die Fusion keinen Schaden verursacht. Megafusionen sollten verboten werden.

Der Schwellenwert für die Vermutung einer Marktbeherrschung sollte von derzeit 40 Prozent auf 20 Prozent abgesenkt werden. Bei der Bewertung der Marktstellung eines Unternehmens ist auch zu berücksichtigen, ob Gewinne durch die Externalisierung von ökologischen und sozialen Kosten erzielt werden.

ÜBERMÄCHTIGE KONZERNE NOTFALLS ENTFLECHTEN:

Es muss eine rechtliche Grundlage dafür geschaffen werden, übermächtige Konzerne als *ultima ratio* zu entflechten und ihre marktübergreifende Macht durch eine Trennung von Geschäftsbereichen zu beschränken. Das Bundeskartellamt kann bei Einführung eines solchen Instruments Monopole oder Konzerne mit überragender Marktstellung untersuchen, eine Veräußerung von Konzernteilen oder Sachvermögen in Deutschland prüfen und gegebenenfalls eine Entflechtung veranlassen.

Yehya (72) aus dem Libanon hat mehr als 40 Jahre lang im Baugewerbe gearbeitet. Nach dem wirtschaftlichen Zusammenbruch und der Verschlechterung der Lage im Bausektor begann er als Taxifahrer zu arbeiten. Sein Verdienst reicht kaum aus, um die Miete für das Auto und sein Haus zu bezahlen. Er protestiert gegen die Zustände im Libanon, wo die Wirtschaftskrise zu einer Hyperinflation und einem starken Wertverlust der Lira geführt hat.

© Pablo Tosco/Oxfam



QUELLEN

- 1 Spiegel (2021): Markt für Superjachten erzielt Rekordzuwächse. <https://www.spiegel.de/wirtschaft/luxus-in-der-pandemie-markt-fuer-superyachten-verzeichnet-rekordzuwachs-a-37897411-33c9-4546-8fea-3be22cfb8560>
- 2 Carolina Sánchez Páramo, u.a. (2021): Covid-19 leaves a legacy of rising poverty and widening inequality. <https://blogs.worldbank.org/developmenttalk/covid-19-leaves-legacy-rising-poverty-and-widening-inequality>
- 3 Oxfam (2022): Inequality Kills methodology note. <https://www.oxfam.de/inequality-kills-methodology>
- 4 Ebd.
- 5 World Inequality Lab (2021): World Inequality Report 2022. <https://wir2022.wid.world/>
- 6 Ebd.
- 7 Oxfam-Berechnung auf Basis der Forbes-Milliardär*innen-Listen und des Global Wealth Databook 2021 von Credit Suisse. <https://www.forbes.com/billionaires/> und <https://www.credit-suisse.com/about-us/en/reports-research/global-wealth-report.html>
- 8 Der Paritätische Gesamtverband (2021): Armut in der Pandemie. Der Paritätische Armutsbericht 2021. https://www.der-paritaetische.de/fileadmin/user_upload/Schwerpunkte/Armutsbericht/doc/broschuere_armutsbericht-2021_web.pdf
- 9 N. Yonzan, C. Lakner, D.G. Mahler (2021): Is COVID-19 increasing global inequality? World Bank Blogs. <https://blogs.worldbank.org/open-data/covid-19-increasing-global-inequality>
- 10 World Bank (2021): 2021 Year in Review in 11 Charts: The Inequality Pandemic. <https://www.worldbank.org/en/news/feature/2021/12/20/year-2021-in-review-the-inequality-pandemic>
- 11 United Nations Conference on Trade and Development (2021): From recovery to resilience: Hanging together or swinging separately? <https://unctad.org/news/recovery-resilience-hanging-together-or-swinging-separately>
- 12 Center on International Cooperation (2021): From Rhetoric to Action: Delivering Equality and Inclusion. NYU/CIC Pathfinders for Peaceful, Just and Inclusive Societies. <https://www.cic.nyu.edu/publications/rhetoric-action-delivering-equality-inclusion>
- 13 N. Tamale (2021): Adding Fuel to Fire: How IMF demands for austerity will drive up inequality worldwide. <https://policy-practice.oxfam.org/resources/adding-fuel-to-fire-how-imf-demands-for-austerity-will-drive-up-inequality-worl-621210/>
- 14 IMF (2021): Fiscal Monitor, October 2021: Strengthening the credibility of public finances. <https://www.imf.org/en/Publications/FM/Issues/2021/10/13/fiscal-monitor-october-2021>
- 15 Carolina Sánchez Páramo, u.a. (2021): Covid-19 leaves a legacy of rising poverty and widening inequality. <https://blogs.worldbank.org/developmenttalk/covid-19-leaves-legacy-rising-poverty-and-widening-inequality>
- 16 Crédit Suisse (2021): The Global Wealth Report 2021. <https://www.credit-suisse.com/about-us/en/reports-research/global-wealth-report.html>
- 17 World Economic Forum (2021): World Economic Forum's Global Risks Report 2021. https://www3.weforum.org/docs/WEF_The_Global_Risks_Report_2021.pdf
- 18 IMF (2021): Fiscal Monitor October 2021: Strengthening the Credibility of Public Finances. <https://www.imf.org/en/Publications/FM/Issues/2021/10/13/fiscal-monitor-october-2021>, p.2.
- 19 N. Tamale (2021): Adding Fuel to Fire: How IMF demands for austerity will drive up inequality worldwide. <https://policy-practice.oxfam.org/resources/adding-fuel-to-fire-how-imf-demands-for-austerity-will-drive-up-inequality-worl-621210/>

- 20 Die Weltbank definiert drei Armutsgrenzen: 1,95 Dollar für extreme Armut, 3,20 Dollar und 5,50 Dollar. Oxfam verwendet hauptsächlich die Grenze von 5,50 Dollar, weil wir davon überzeugt sind, dass diese das genaueste Bild von Armut vermittelt. Eine ausschließliche Konzentration auf extreme Armut ist nicht hilfreich, da sie Milliarden von Menschen, die tagtäglich mit Armut konfrontiert und die nur einen Schritt vom Elend entfernt sind, übersieht. Mehr zu diesem Thema: D.A. Vázquez Pimentel, I. Macías Aymar, and M. Lawson (2018): Reward Work, Not Wealth. Oxfam. <https://policy-practice.oxfam.org/resources/reward-work-not-wealth-to-end-the-inequalitycrisis-we-must-build-an-economy-fo-620396/>
- 21 Carolina Sánchez Páramo, u.a. (2021): Covid-19 leaves a legacy of rising poverty and widening inequality. <https://blogs.worldbank.org/developmenttalk/covid-19-leaves-legacy-rising-poverty-and-widening-inequality>
- 22 N. Yonzan, C. Lakner, D.G. Mahler (2021): Is COVID-19 increasing global inequality? World Bank Blogs. <https://blogs.worldbank.org/opendata/covid-19-increasing-global-inequality>
- 23 World Bank (2021): 2021 Year in Review in 11 Charts: The Inequality Pandemic. <https://www.worldbank.org/en/news/feature/2021/12/20/year-2021-in-review-the-inequality-pandemic>
- 24 Schätzungen der Weltbank, World Bank (2020): Poverty and Shared Prosperity. <https://www.worldbank.org/en/publication/poverty-and-shared-prosperity>
- 25 International Labour Organization (ILO) (2021): Fewer women than men will regain employment during the COVID-19 recovery says ILO. https://www.ilo.org/global/about-the-ilo/newsroom/news/WCMS_813449/lang--en/index.htm
- 26 Oxfam (2021): COVID-19 cost women globally over \$800 billion in lost income in one year. Press release. <https://www.oxfam.org/en/press-releases/Covid-19-cost-women-globally-over-800-billion-lost-income-one-year>
- 27 World Economic Forum (2021): Global Gender Gap Report 2021. <https://www.weforum.org/reports/ab6795a1-960c-42b2-b3d5-587ec-cda6023>
- 28 UN Women (2021): Global gender response tracker: Monitoring how women's needs are being met by pandemic responses. Women Count blog. <https://data.unwomen.org/resources/women-have-been-hit-hard-pandemic-how-government-response-measuring>
- 29 P. Espinoza Revollo (2020). Time to Care: Methodology note. Oxfam. <https://dx.doi.org/10.21201/2020.5419>
- 30 UNICEF (2021): COVID-19: A threat to progress against child marriage. <https://data.unicef.org/resources/covid-19-a-threat-to-progress-against-child-marriage/>
- 31 Oxfam (2021): The Ignored Pandemic: The Dual Crises of Gender-Based Violence and COVID-19. <https://policy-practice.oxfam.org/resources/the-ignored-pandemic-the-dual-crises-of-gender-based-violence-and-covid-19-621309/>
- 32 Oxfam (2022): Inequality Kills methodology note. <https://www.oxfam.de/inequality-kills-methodology>
- 33 UNFPA (2020): Impact of the COVID-19 pandemic on family planning and ending gender-based violence, female genital mutilation and child marriage. Interim Technical Note 7. <https://www.unfpa.org/resources/impact-covid-19-pandemic-family-planning-and-ending-gender-based-violence-female-genital>
- 34 A. Maitland and A. Marriott. (2021). The Great Vaccine Robbery. People's Vaccine Alliance. https://webassets.oxfamamerica.org/media/documents/The_Great_Vaccine_Robbery_Policy_Brief.pdf
- 35 Oxfam (2021): Pfizer, BioNTech and Moderna making \$1,000 profit every second while world's poorest countries remain largely unvaccinated. Press release. <https://www.oxfam.org/en/press-releases/pfizer-biontech-and-moderna-making-1000-profit-every-second-while-worlds-poorest>
- 36 Ebd.
- 37 WHO (2021): WHO Director-General's opening remarks at the Special Session of the World Health Assembly - 29 November 2021. <https://www.who.int/director-general/speeches/detail/who-director-general-s-opening-remarks-at-the-special-session-of-the-world-health-assembly---29-november-2021>
- 38 Our World in Data (Stand 10.01.2022): <https://ourworldindata.org/covid-vaccinations>
- 39 DAZ online (2021): WHO-Impfziel verfehlt. <https://www.deutsche-apotheker-zeitung.de/news/artikel/2021/12/28/who-impfziel-verfehlt>
- 40 The Economist. (2021): The pandemic's true death toll. Stand 1. Dezember 2021. <https://www.economist.com/graphic-detail/coronavirus-excess-deaths-estimates>
- 41 Oxfam (2021): Two-thirds of epidemiologists warn mutations could render current COVID vaccines ineffective in a year or less. Press release. <https://www.oxfam.org/en/press-releases/two-thirds-epidemiologists-warn-mutations-could-render-current-covid-vaccines>
- 42 Oxfam (2021): Pharmaceutical companies and rich nations delivering just one in seven of the doses promised for developing countries. <https://www.oxfam.org/en/press-releases/pharmaceutical-companies-and-rich-nations-delivering-just-one-seven-doses-promised>
- 43 A. Maitland and A. Marriott. (2021). The Great Vaccine Robbery. People's Vaccine Alliance. <https://reliefweb.int/sites/reliefweb.int/files/resources/The%20Great%20Vaccine%20Robbery%20Policy%20Brief%20final.pdf>
- 44 A. Alsalhani, A. Prabhala (2021): Pharmaceutical manufacturers across Asia, Africa and Latin America with the technical requirements and quality standards to manufacture mRNA vaccines. <https://accessibsa.org/mrna/>
- 45 Bundesregierung (2020): Impfstoffförderung angelaufen. <https://www.bundesregierung.de/breg-de/themen/forschung/corona-impfstoff-1787044>
- 46 World Bank, WHO (2017): Half the world lacks access to essential health services, 100 million still pushed into extreme poverty because of health expenses. Press release. <https://www.who.int/news/item/13-12-2017-world-bank-and-who-half-the-world-lacks-access-to-essential-health-services-100-million-still-pushed-into-extreme-poverty-because-of-health-expenses>
- 47 Oxfam (2022): Inequality Kills methodology note. <https://www.oxfam.de/inequality-kills-methodology>
- 48 WHO (2020): Global Spending on Health: Weathering the Storm. <https://apps.who.int/nha/database/DocumentationCentre/Get-File/58717341/en>
- 49 D. Sherpa (2020): Estimating impact of austerity policies in COVID-19 fatality rates: Examining the dynamics of economic policy and case fatality rates (CFR) of COVID-19 in OECD countries. <https://doi.org/10.1101/2020.04.03.20047530>
- 50 The Economist (2021): Why have some places suffered more covid-19 deaths than others? <https://www.economist.com/finance-and-economics/2021/07/31/why-have-some-places-suffered-more-covid-19-deaths-than-others>
- 51 McGill University (2020): Trust and income inequality fueling spread of COVID-19. <https://www.mcgill.ca/newsroom/channels/news/trust-and-income-inequality-fueling-spread-covid-19-325184>
- 52 J. Davies (2021): Economic Inequality and COVID-19 Death Rates in the First Wave, a Cross-Country Analysis. CESifo Working Paper No. 8957. <https://www.cesifo.org/en/publikationen/2021/working-paper/economic-inequality-and-covid-19-death-rates-first-wave-cross>
- 53 OECD (2021): Health at a Glance 2021. <https://doi.org/10.1787/ae3016b9-en>
- 54 Centers for Disease Control and Prevention (2021): Risk for COVID-19 Infection, Hospitalization, and Death by Race/Ethnicity. <https://www.cdc.gov/coronavirus/2019-ncov/covid-data/investigations-discovery/hospitalization-death-by-race-ethnicity.html>
- 55 Mediendienst Integration (2021): Rassismus in der Pandemie: Unterschiedliche Sterberaten im Zusammenhang mit Covid-19. https://mediendienst-integration.de/fileadmin/Dateien/Expertise_Rassismus_Uebersterblichkeit_Covid_19_Will_Supik_Pluemcke_FINAL.pdf
- 56 UNESCO, UNICEF, World Bank (2021): The State of the Global Education Crisis: A Path to Recovery. <https://www.worldbank.org/en/topic/education/publication/the-state-of-the-global-education-crisis-a-path-to-recovery>
- 57 Malala Fund (2021), <https://covid.malala.org/>

- 58 UNESCO, World Bank (2021): Education Finance Watch 2021. <https://www.worldbank.org/en/topic/education/publication/education-finance-watch-2021>
- 59 Finanzwende Recherche, Oxfam (2021): Gewinne auf Kosten der Allgemeinheit. https://www.oxfam.de/system/files/documents/dax30-bericht_final.pdf
- 60 Handelsblatt (2021): Rekord bei Dividenden: Dax-Konzerne werden soviel ausschütten wie noch nie. <https://www.handelsblatt.com/unternehmen/management/dax-40-rekord-bei-dividenden-dax-konzerne-werden-so-viel-ausschuetten-wie-noch-nie/27878520.html>
- 61 UNCTAD (2017): Trade and Development Report. https://unctad.org/system/files/official-document/trd2017overview_en.pdf
- 62 Ebd., S. 15
- 63 T. Tørstløv, L. Wier, and G. Zucman (2021): Close to 40% of multinational profits are shifted to tax havens each year. <https://missingprofits.world/>
- 64 U. Akcigit, et al. (2021): *Rising Corporate Market Power: Emerging Policy Issues*. IMF Staff Discussion Notes. <https://www.imf.org/en/Publications/Staff-Discussion-Notes/Issues/2021/03/10/Rising-Corporate-Market-Power-Emerging-Policy-Issues-48619>
- 65 Der Spiegel (2021): Konzerne streichen Milliarden Corona-Gewinne ein. <https://www.spiegel.de/wirtschaft/corona-pandemie-konzerne-streichen-milliardengewinne-ein-a-1f8d4e23-e3b5-419d-9b89-e8813982be1c>
- 66 Oxfam (2021): OECD tax deal is a mockery of fairness. <https://www.oxfam.org/en/press-releases/oecd-tax-deal-mockery-fairness-oxfam>
- 67 Oxfam (2022): Inequality Kills methodology note. <https://www.oxfam.de/inequality-kills-methodology>. Hohe Vermögensabgaben sind bereits in der Vergangenheit zur Bewältigung außergewöhnlicher Herausforderungen genutzt worden. Die französische Regierung hat beispielsweise nach dem Zweiten Weltkrieg übermäßiges Kriegsvermögen mit einem Satz von 100 Prozent besteuert. Auch anderswo in Europa und in Japan wurden einmalige Vermögenssteuern erhoben. In den USA schlug Präsident Franklin D. Roosevelt während des Krieges eine einhundertprozentige Steuer auf exzessive Einkommen vor; vereinbart wurde ein Spitzensteuersatz von 94 Prozent. Siehe auch: <https://taxfoundation.org/historical-income-tax-rates-brackets/>
- 68 European Commission (2021): Commission presents Action Plan to boost the social economy and create jobs. <https://ec.europa.eu/social/main.jsp?langId=en&catId=89&newsId=10117&furtherNews=yes#navItem-1>
- 69 K. Georgieva. (2020): Reduce Inequality to Create Opportunity. IMF Blog. https://blogs.imf.org/2020/01/07/reduce-inequality-to-create-opportunity/?utm_medium=email&utm_source=govdelivery
- 70 Siehe die entsprechenden Forderungen unter <https://www.taxmenow.eu/> und <https://millionairesforhumanity.org/>

Cover:
Illustration: Ole Kaleschke für Oxfam
Foto Sternenhimmel [M]: Jake Weirick, unsplash
Foto Erde: NASA, unsplash

IMPRESSUM

Oxfam ist eine internationale Nothilfe- und Entwicklungsorganisation, die weltweit Menschen mobilisiert, um Armut aus eigener Kraft zu überwinden. Dafür arbeiten im Oxfam-Verband 21 Oxfam-Organisationen gemeinsam mit 4.100 Partner*innen in mehr als 90 Ländern.

Herausgeber: Oxfam Deutschland e.V.,
Januar 2022

V.i.S.d.P.: Marion Lieser, Oxfam Deutschland e. V.,
Am Köllnischen Park 1, 10179 Berlin,
Tel.: +49 (0)30 45 30 69 0, E-Mail: info@oxfam.de

Leitende Autoren: Manuel Schmitt
und Tobias Hauschild
Redaktion: Steffen Küssner, Sandra Dworack,
Nikolai Link, Lukas Warning, Julia Thurl,
Marita Wiggerthale, Pia Schwertner
Konzeption und Umsetzung: Pia Schwertner
Gestaltung: Ole Kaleschke | olekaleschke.de

Deutsche Zusammenfassung und Ergänzung
des Kampagnenreports *Inequality Kills*.
Vollständiger Text unter www.oxfam.de/inequality-kills

OXFAM SETZT SICH GEGEN SOZIALE UNGLEICHHEIT EIN



OXFAM
Deutschland

UNTERSTÜTZEN SIE UNSERE ARBEIT DURCH IHRE SPENDE

Oxfam Deutschland e.V.
Spendenkonto:
IBAN: DE87 3702 0500 0008 0905 00
BIC: BFSWDE33XXX
Bank für Sozialwirtschaft
Konto: 80 90 500 BLZ: 370 205 00
Stichwort: KAMPAGNEN
www.oxfam.de/spenden



Initiative
Transparente
Zivilgesellschaft



Deutscher
Spendenrat e.V.